

Mit einem klaren Vertrauensvotum hat der 110. Deutsche Ärztetag Mitte Mai in Münster Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe festen Rückhalt für seine Politik gegeben. Zum dritten Mal wählten ihn die Delegierten für vier Jahre zum Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK) und des Deutschen Ärztetages. Hoppe hatte keinen Gegenkandidaten und erhielt 202 von 241 gültigen Stimmen. Neben der inneren Geschlossenheit der Ärzteschaft nannte Hoppe eine gute Patientenversorgung, eine Offenlegung der verdeckten Rationierung

und den Kampf für die ärztliche Freiberuflichkeit als seine wichtigsten Ziele der kommenden Jahre. Mit Rudolf Henke (Aachen) schaffte ein weiterer Vertreter der nordrheinischen Ärztinnen und Ärzte den Sprung in den Vorstand der BÄK. Er nimmt dort weiterhin eine der beiden Beisitzerpositionen ein. Neuer Vizepräsident der Bundesärztekammer wurde Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg und Bundesvorsitzender des Marburger Bundes. Er setzte sich in einer Stichwahl mit 121 zu 114 Stimmen durch gegen Dr. Günther Jonitz, Präsident der Ärztekammer Berlin. Im zweiten Vizepräsidentenamt wurde Dr. Cornelia Goesmann (Hannover) bestätigt, die 162 von 241 Stimmen erhielt. Neu im BÄK-Vorstand ist Dr. Max Kaplan (Pfaffenhausen/Unterallgäu), Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer und ein Vertreter der Allgemeinärzte, als zweiter vom Ärztetag zu wählender Beisitzer. Die Wahlen zum Vorstand der BÄK standen nach vier Jahren turnusgemäß an. Als „geborene Mitglieder“ gehören die Präsidenten der 17 Landesärztekammern dem Gremium an.

Neue Solidarität der Ärzteschaft

Seine mit viel Beifall bedachte Eröffnungsrede nutzte Hoppe dazu, seine Kritik an der Grundausrichtung der Gesundheitspolitik zu formulieren. Die jüngste Gesundheitsreform hat nach seinen Worten „unsere Erwartungen nicht erfüllt – wohl aber unsere ärgsten Befürch-



Völlig unterschiedliche gesundheitspolitische Sichtweisen haben nach wie vor Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Ärztepräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, hier bei der Eröffnung des 110. Deutschen Ärztetages in Münster. Foto: uma

THEMA

110. Deutscher Ärztetag

Klares Votum für Hoppe

Zum dritten Mal an die Spitze der Ärzteschaft gewählt – Rudolf Henke weiter im Vorstand der Bundesärztekammer – Dr. Frank Ulrich Montgomery neuer Vizepräsident

von Horst Schumacher

tungen übertroffen“. Die Proteste, Demonstrationen und Streiks des vergangenen Jahres seien zurückzuführen auf das Gefühl der völligen Fremdbestimmung ärztlichen Handelns. Hoppe: „Nie zuvor ist die Freiheit des Arztberufes so in Frage gestellt worden, aber auch nie zuvor haben wir so für die Freiheit des Arztberufes gekämpft – und darauf können wir stolz sein. Wir haben eine neue, alle Arztgruppen übergreifende Solidarität bewiesen.“

Mit dem so genannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz sei keines der wesentlichen Probleme im

Gesundheitswesen gelöst worden. Das Hauptziel der Bundesregierung, dauerhaft sichere Finanzgrundlagen zu schaffen, werde mit der Reform gründlich verfehlt.

GKV auf originäre Aufgaben zurückführen

Hoppe machte darauf aufmerksam, dass die Beitragszahlungen der Arbeitgeber zur Gesetzlichen Krankenversicherung nur 4,5 Prozent der Gesamtarbeitskosten ausmachen. Der Anteil der GKV-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt sei in den vergangenen zehn Jahren mit rund 6,5 Prozent nahezu konstant geblieben. „Und trotzdem wird da wie wild von zu hohen Lohnnebenkosten und einer Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Deutschland gefaselt“, so Hoppe. Die eigentlichen Probleme hätten sich aus dem langjährigen Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und aus dem milliarden schweren Missbrauch der GKV zugunsten anderer Sozialversicherungsträger ergeben. Zusätzlich belastete die Politik selbst durch versicherungsfremde Leistungen die Gesetzliche Kranken-

versicherung jährlich in zweistelliger Milliardenhöhe. Deshalb habe die Ärzteschaft

T H E M A

110. Deutscher Ärztetag

vorgeschlagen, die GKV zu stabilisieren und auf ihre originären Aufgaben zurückzuführen.

Schon die vollständige Finanzierung der bisher beitragsfreien Kindermitversicherung aus Steuermitteln, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, könne zu einer Entlastung der Gesetzlichen Krankenversicherung um zehn Milliarden Euro jährlich führen. „Zugleich sollte die stetig steigende Quersubventionierung der Krankenversicherung der Rentner durch die GKV sukzessive reduziert werden, und zwar durch einen demografiebezogenen Ausgleichsfaktor und den Aufbau von Alterungsrückstellungen“, schlug Hoppe vor.

Einheitsversicherung und Einheitsmedizin

Die jüngste Reform soll nach Hoppes Überzeugung als „Sprungbrett in die Bürgerversicherung“ dienen. Zunächst würden die Strukturen von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung angeglichen und letztlich die Unterschiede ganz aufgehoben. Diese Politik zielt auf „eine Einheitsversicherung mit Einheitsbeitrag und Einheitsmedizin. Aber das wollen wir nicht, und das wollen auch die Bürger nicht.“ Vielmehr sei die Frage zu beantworten, wie gute Medizin dauerhaft für die gesamte Bevölkerung gesichert werden kann – „trotz demografischer Entwicklung, trotz Finanzmisere der Gesetzlichen Krankenversicherung und trotz fortwährend versuchter Standardisierung ärztlicher Behandlungen“.

Fließbandmedizin für Krankheitsträger?

Kritisch setzte sich der Präsident auch mit der Idee auseinander, dass der gesetzlich verordnete Wettbewerb im Gesundheitswesen zu einer besseren Versorgung führt. Ein patientengerechtes Gesundheitswesen könne nicht nach den Gesetzen der Marktwirtschaft funktionieren. Hoppe: „Ich habe den Eindruck, dass hier die Prinzipien der reinen und nicht etwa der sozialen Marktwirtschaft eingeführt worden sind. Erst sind die Ärzte Leistungsanbieter, dann sind die Patienten Krankheitsanbieter, dann gibt es Krankheit als Geschäftsgegenstand, dann werden die Ärzte Erfüllungsgehilfen im Medizingeschäft und schließlich haben wir eine Fließbandmedizin für den Krankheitsträger – ist das wirklich eine Entwicklung, die wir haben wollen?“

Hinter allen Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre stehe das Prinzip einer Entstaatlichung der Daseinsfürsorge und einer Verstaatlichung der Versorgungsprozeduren. Hoppe: „Und die Rolle der Ärzte ist darin klar vorgezeichnet: Vollzug staatlicher Rationie-



*NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zeigte Gespür für die Stimmung der Ärzteschaft.
Foto: MAGS*

rung einerseits, Entindividualisierung der Patient-Arzt-Beziehung andererseits.“ Die Freiberuflichkeit, die ärztliche Unabhängigkeit in der Therapiefindung, auf die der Patient bisher habe vertrauen können, störe offensichtlich in einem System staatlich gelenkter Gesundheitswirtschaft. „Ärzte sollen rationieren und im Wettbewerb untereinander funktionieren, nichts anderes bedeutet doch die Wettbewerbsstärkung für Ärzte und Patienten“, sagte Hoppe.

Information der Patienten

Er kündigte an, die Patienten über die Probleme im Gesundheitswesen aufzuklären: „Wir werden die Defizite benennen und selbst Öffentlichkeit schaffen.“ Mit dem Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Allianz deutscher Ärzteverbände hat er bereits über eine gemeinsame, dauerhafte und strukturierte Aufklärung der Pa-

tienten und Versicherten gesprochen. Für die Ärztinnen und Ärzte in Praxen und möglicherweise Krankenhausambulanzen sollen gesundheitspolitische Themen medial aufbereitet werden.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die bei der Eröffnungsveranstaltung traditionsgemäß vor Hoppe sprach, verteidigte die jüngste Reform. So würden „entgegen anders lautenden Befürchtungen“ die Honorarbudgets in der vertragsärztlichen Versorgung mit der Einführung der Euro-Gebührenordnung abgeschafft – allerdings sei „ein Mengengerüst innerhalb der Selbstverwaltung auszuhandeln“. Auch werde das Morbiditätsrisiko auf die Krankenkassen übergehen. „Wir wissen, dass ein solches Honorarsystem mehr Geld kostet“, sagte die Ministerin. Sie erwartet im Gegenzug von den Ärztinnen und Ärzten, dass diese zu „Einsparungen an anderen Stellen“ beitragen. Schmidt verteidigte auch den Gesundheitsfonds mit einem einheitlichen, staatlich fixierten Beitragssatz. Durch Kassenwechsel würden heute dem System Mittel in erheblichem Umfang entzogen. Darüber hinaus werden nach ihren Worten zur Stabilisierung der GKV-Einnahmen „in einigen Jahren“ rund zehn Prozent der GKV-Ausgaben über Steuern finanziert werden. Karl-Josef Laumann, der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister, zeigte ein Gespür für die Stimmung innerhalb der Ärzteschaft. „Wer Verantwortung trägt, ist zu Leistung bereit. Wer durch Staatsdirigismus entmündigt wird, zieht sich zurück“, sagte er.

Im Wortlaut

findet sich die Rede des Präsidenten im Internet unter www.baek.de, Rubrik Ärztetag.